

Volks-Zeitung



Die neue Friedrich-Ebert-Reichsschule in Frankfurt a. M.

Mit „Unterhaltungs-Blatt“
Moden-Zeitung Sport-Zeitung
Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg.
Techn.-Zeitung Witzblatt „ULK“
BERLIN
HEITER, WENIG, WIND

2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Ein Denkmal zu der Virgil-2000-Jahrfeier

Metall-Schiedsspruch vertagt Heimwehr-Krach / Sprung aus dem Flugzeug

Die erste Aufgabe

M.H. Der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat man auch ausserhalb der Reihen der Sozialdemokratischen Partei mit grossem Interesse entgegen gesehen. Bei den Schwierigkeiten einer Mehrheitsbildung in dem neuen Reichstag fällt der grössten Partei selbstverständlich eine entscheidende Rolle zu. Daran ändert auch das Geschwätz derer nichts, die im Leutnantston dekretieren möchten, dass eine Koalition oder auch nur eine Fühlungnahme mit den Sozialdemokraten für den Reichskanzler Dr. Brüning überhaupt nicht in Frage kommen dürfe. Derlei Aeusserungen in der Reichspresse lag übrigens ebenso wie den demonstrativ „antimarxistischen“ Entschliessungen der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei zum Teil die Absicht zugrunde, durch solche intransigenten Scharfmachereien die Sozialdemokratie zu provozieren und dem Teil ihrer Führerschaft zu stärkerem Einfluss zu verhelfen, der unter dem Eindruck der Wahlergebnisse sich am liebsten von jeder Verantwortung lösen und geradenwegs in die verantwortunglose Opposition und Agitation stürzen möchte. Dieser furchtbar schlau gemeinten Intrige ist kein Erfolg beschieden gewesen; ihre Einfäden müssen heute enttäuscht erkennen, dass die Sozialdemokratie mehr politische Reife an den Tag legt, als sie von sich auf andere schliessend — ihr zugetraut haben. Wenn diese Intrigenspinner gegen sich selbst ehrlich wären, müssten sie wenigstens sich selbst heute beschämt gestehen, dass die Sozialdemokratie ein staatspolitisches Verantwortungsbewusstsein an den Tag legt, das ihnen selbst abgeht. Während Volkspartei und Wirtschaftspartei sich um die bedrohten Grundlagen des Staates überhaupt nicht kümmern, sondern aus lauter Angst vor dem zahlmässigen Anschwellen der Nazis diesen Ministeressel anbieten, stellt die Sozialdemokratie an die Spitze ihrer Entschliessungen den Staat, die Sicherung der demokratischen Verfassung, die parlamentarischen Rechte des Volkes. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lässt keinen Zweifel daran, dass sie das Brüning-Programm nicht etwa mit Haut und Haaren schlucken wird, aber sie ist bereit, auf parlamentarischer Grundlage an der Lösung der dringenden Aufgaben mitzuarbeiten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nimmt also eine Haltung ein, die es der Regierung unmöglich macht, den Einflüsterungen derer, die es ohne die Sozialdemokratie machen möchten, nachzugeben. Wenn die stärkste Fraktion im Reichstag die staatspolitischen Gesichtspunkte in den Vordergrund stellt, die Sicherung der Verfassung als die erste Aufgabe erklärt, ist es aber geradezu Pflicht der Reichsregierung, den widerspenstigen Gruppen der bürgerlichen Rechten klar zu machen, dass ohne Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie gar nicht vorgegangen werden darf! Ist es etwa denkbar, dass eine Regierung die Hilfe derer ausschlägt, die klar und deutlich sich auf die Grundlagen der Verfassung berufen, und mit denjenigen paktieren sollte, die diese Grundlagen des Staates nicht genug verhöhnen können?

Die Situation ist durch den begrüssenswerten Beschluss der Sozialdemokratie erheblich geklärt und erleichtert. Es liegt nun an der Energie der Brüning und Dietrich, auf dem rechten Flügel der „Koalition aller Vernünftigen“ so viele Kräfte für die Behauptung der staatspolitischen Notwendigkeit einer Sammlung der verfassungstreuen Elemente zu gewinnen, dass die Grundlagen von Staat und Wirtschaft nicht einer Gefährdung durch nationalsozialistische Regierungsmitwirkung ausgesetzt zu werden brauchen.

Schutz der Verfassung!

Verantwortungsbewusste Haltung der Sozialdemokratie / Der Weg zur Mitarbeit nicht versperrt

Die gestrige Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ging gegen 5 Uhr nachmittags zu Ende. Nachdem zunächst Hermann Müller über das Regierungsprogramm und über seine Unterredung mit dem Reichskanzler berichtet hatte, kamen in der ersten Hälfte der Fraktionssitzung überwiegend Vertreter der schärferen Tonart zu Wort. Trotzdem war bald zu erkennen, dass die Mehrheit der Fraktion angesichts des Ernstes der Lage dafür sei, andere als nur agitatorische Gesichtspunkte zu berücksichtigen, und dass sie die Wege für weitere Verhandlungen unter allen Umständen offen halten wollte.

Schliesslich wurde mit grosser Mehrheit folgende Entschliessung angenommen:
„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sieht nach dem Ausgang der Reichstagswahlen in der

Erhaltung der Demokratie, der Sicherung der Verfassung und dem Schutz des Parlamentarismus

ihre erste Aufgabe. Die Demokratie ist bedroht von allen sozialreaktionären Kreisen, die die Wirtschaftskrise zum Abbau der Sozialpolitik und zur Senkung der Löhne ausbeuten wollen. Sie ist bedroht durch die faschistische Bewegung der Nationalsozialisten, die den Opfern der kapitalistischen Wirtschaftskrise nach der Zertrümmerung der Demokratie die sofortige Heilung aller Leiden und die Lösung aller sozialen Fragen vorgaukeln.

Sie ist bedroht durch die kommunistische Partei, die selbst in dieser gegenrevolutionären Situation die Arbeiterklasse spaltet und den Kampf gegen Sozialreaktion und Faschismus erschwert.

Die Sozialdemokratie kämpft für die Demokratie, um die Sozialpolitik zu schützen und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu heben. Die Krise kann nicht gelöst werden durch Verminderung der Kaufkraft der Massen, sondern nur durch Arbeitsbeschaffung. Ebenso unerlässlich ist der Kampf der Fraktion im neuen Reichstag zur Herbeiführung eines Notgesetzes über eine solche Herabsetzung der Arbeitszeit, die es ermöglicht, die Erwerbslosen wieder in Arbeit zu bringen.

Die politische Unsicherheit birgt die Gefahr erster politischer Verwicklungen in sich. Sie hat die Flucht des deutschen Kapitals gesteigert und hindert den Zustrom ausländischen Kapitals. Sie verschärft die Wirtschaftskrise.

Nur die Sicherung eines streng verfassungsmässigen Regierens ermöglicht die notwendige Arbeitsbeschaffung zur Milderung des wirtschaftlichen Niederganges.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird unter Wahrung der Lebensinteressen der arbeitenden Massen für die Sicherung der parlamentarischen Grundlage und für die Lösung der dringenden finanzpolitischen Aufgaben eintreten.

Die Sozialdemokratie hält an den Grundsätzen der bisherigen Aussenpolitik fest, die zur Befreiung des Rheinlandes und zur Herabsetzung der Reparationslasten geführt hat.

Sie lehnt alle aussen- und handelspolitischen Experimente ab.

die die wirtschaftlichen Beziehungen stören und zu einer neuen akuten Verschärfung der Krise führen würden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, entschlossen, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterschaft mit grösster Energie zu verteidigen, wird auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung die Beseitigung der für die breiten Massen des Volkes unerträglichen Bestimmungen der Notverordnungen fordern und erwartet von allen Arbeiterorganisationen stärkste Aktivität für die schweren bevorstehenden Kämpfe und die Bereitschaft, ihren Kampf ausserhalb des Parlaments mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen.“

Christlichsoziale bei Brüning

Der Reichskanzler empfing gestern abend nur noch die Vertreter des Christlichsozialen Volksdienstes, während die ebenfalls für Freitag in Aussicht genommene Besprechung mit den Vertretern der Nationalsozialisten auf heute verschoben wurde, da Minister Frick gestern nicht von Weimar nach Berlin kommen konnte. Heute werden voraussichtlich auch noch Vertreter der Deutschnationalen zum Reichskanzler kommen.

Die Sitzung der Zentrumsfraktion des Reichstags, die für Sonntag nachmittag einberufen war, ist abgesagt worden.

Die Gruppe des Christlichsozialen Volksdienstes des Reichstags wählte in ihrer ersten Fraktionssitzung am Freitag einstimmig zu Vorsitzenden die Abgeordneten Simplendörfer und Rippel. Die Beratungen über die politische Lage werden am Sonntagabend fortgesetzt.

Die Fraktion der Deutschen Staatspartei wird am kommenden Montag, vormittag 10 Uhr, zu einer Sitzung zusammentreten.

Dreister Raubüberfall auf einen Kutscher / Auf dem Wege von Treptow nach Berlin

Ein dreister Raubüberfall wurde gestern abend auf den Kutscher Kurt Hampel aus der Langstrasse verübt. Hampel kam mit seinem Fuhrwerk von Treptow aus in Richtung nach der Köpenicker Strasse gefahren. Auf der Treptower Chaussee hatte sich unbemerkt ein junger Mann auf das Fuhrwerk geschwungen, während seine Komplizen mit Fahrrädern dicht neben dem Fuhrwerk fuhren und die Aufmerksamkeit des Kutschers auf sich lenkten. Im nächsten Augenblick war der auf den Wagen gesprungene Täter an den Kutscher herangeschlichen und hatte diesem die Geldtasche mit 300 Mark entrisen. Als der Ueberfallene sich zur Wehr setzen wollte, schlug einer der Täter mehrmals den Kutscher mit einer Stange über den Kopf. Auf die Hillerufe des Ueberfallenen machten sich Passanten an die Ver-

folgung des Räubers, der mit seinen Komplizen auf Fahrrädern in der Richtung nach Treptow entkommen ist.

Zug-Unglück in Paris

Ein schweres Unglück hat sich gestern abend dicht bei dem Pont Cardinet am St.-Lazare-Bahnhof von Paris ereignet. Ein Vorortzug stiess bei der Einfahrt am Bahnhof mit dem um 18 Uhr 53 Minuten abgehenden Vorortzug nach Arcueil zusammen. Ein Teil der Reisenden hatte aus Furcht die Abteile verlassen und sich auf das Geleise geflüchtet. In demselben Augenblick kam auf dem Nebengeleis, auf dem die ausgetriebenen Reisenden standen, ein elektrischer Vorortzug angefahren, der mitten in die Reisenden hineinlief. Bisher werden 6 Tote und 30 Verwundete gemeldet.